



Alles neu im Reich des Obersten Muamar al-Gaddafi?

Veit Raßhofer

Nachdem im Sommer vergangenen Jahres Verhandlungen über Entschädigungszahlungen an die Opfer zweier Bombenattentate (1988 auf den Pan Am Flug 103 über dem schottischen Lockerbie und 1989 auf ein französisches Flugzeug in Niger) aus den 80er Jahren erfolgreich abgeschlossen waren und der Revolutionsführer höchstselbst zur Jahreswende die Aufgabe der Bestrebungen zur Erlangung von Massenvernichtungswaffen bekannt gegeben hatte, wurden mittlerweile die UN-Sanktionen gegen das Land aufgehoben. In Windeseile normalisieren sich die bilateralen Beziehungen zu anderen Ländern, beflügelt noch von der Hoffnung zumal westlicher Politiker auf gewaltige Investitions- und Renditechancen. Libyen ist international wieder hoffähig, der Bundesinnenminister denkt konkret an dieses Land, wenn er von Auffanglagern in Nordafrika redet.

Es gibt, nachdem in den Jahren 2001 und 2002 ca. 350 Gefangene (darunter Häftlinge, die seit 1973 eingesperrt waren) auf freien Fuß gesetzt worden waren, nach offizieller Schreibweise keine politischen Gefangenen mehr – nunmehr sitzen „nur“ noch „Terroristen“ und „Ketzer“ ein!

Zwar erlaubte man einer Delegation der Menschenrechtsorganisation Amnesty International im Februar dieses Jahres einen zweiwöchigen Besuch im Land (den ersten seit 15 Jahren) und zeigte sich hierbei überraschend aufgeschlossen gegenüber ihren Forderungen, zwar wurde eine Reform des Strafrechts angekündigt und hat sich Gaddafi für neue rechtsstaatliche Standards ausgesprochen – im konkreten Alltag hat sich noch wenig bewegt.

Todesurteile

Haarsträubend ein Fall, der in jüngster Zeit sogar den hiesigen Blätterwald ins Rauschen brachte: Am 6. Mai wurden sechs ausländische Heilkundige (fünf Bulgarinnen und ein Palästinenser), die an einem Kinderkrankenhaus in Bengazi angestellt waren, unter dem Vorwurf, sie hätten an ihrem Arbeitsplatz vorsätzlich 426 Kinder mit dem AIDS-Virus angesteckt, zum Tod verurteilt. Ein weiterer Bulgare wurde zu vier Jahren Haft verurteilt, die mitangeklagten Libyer wurden alle frei gesprochen. Alle der Verurteilten waren gefoltert worden. Ein dementsprechendes medizinisches Gutachten wurde vor Gericht nicht anerkannt – gleichzeitig macht man am gleichen Gericht aber den vorgeblichen Folterern den

Prozess. Diese sagen nun aus, sie seien, um die Vorwürfe zuzugeben, selbst gefoltert worden ...

Alltägliche Folter

Zwei allgemeine Mißstände werden bei diesem tragikomischen Possenspiel überdeutlich: Foltermaßnahmen zur Erzwungung von Geständnissen sind alltäglich, und grundlegende Rechte der Angeklagten werden mißachtet, obwohl sie eigentlich in libyschen Gesetzen vorgeschrieben sind. Es scheint, als spiegele sich im libyschen Rechtssystem die Sprunghaftigkeit des obersten Führers.

Zwar ist grundsätzlich Meinungs- und Vereinigungsfreiheit gegeben – deren Grenzen sind aber eng gezogen, die genauen Vorgaben äußerst widersprüchlich. Zwar ist innerhalb der offiziellen Institutionen die freie Rede prinzipiell erlaubt, doch gilt das offensichtlich nicht für Kritik am System und den Regierenden.

Zusätzlich sollen Körperstrafen eingeführt werden, die als Entgegenkommen an den „muslimisierenden Zeitgeist“ zu sehen sind.

Diese Erfahrung musste der 1941 geborene Fathi Al-Jahmi machen: Er hatte am 19. Oktober 2002 eine Sitzung des lokalen Gremiums des Volkskongresses besucht und offen seine Zweifel darüber geäußert, dass es möglich sei, Reformen ohne Pluralismus, Demokratie und eine Verfassung und unter der Regierung von Kriminellen zum Erfolg zu führen. Zwar wurde schon vor 15 Jahren, bei einer früheren politischen Tauwetterperiode, die Absicht, die Todesstrafe abzuschaffen, öffentlich bekannt gegeben. De facto läuft aber auch heute beispielsweise ein Anwalt, der eine Menschenrechtsorganisation gründen will, Gefahr, mit der Kapitalstrafe bestraft zu werden.

Zwar ist die Zeit der Haft ohne richterliche Überprüfung auf sechs Tage deutlich festgelegt – manchmal vergehen jedoch Jahre zwischen Verhaftung und Anklageerhebung. Zwar betont man, gegenüber den Forderungen einer Organisation wie *Amnesty International* offen zu sein – die Angst der Gefangenen und ihrer Angehörigen vor Repressionen, wenn sie Forderungen

erheben, spricht ihre eigene Sprache. Die offizielle Menschenrechtskommission, die der Gaddafi-Stiftung unterstellt ist, leistet sogar nach dem Urteil Amnestys gute Arbeit – andererseits weigert man sich, dem Schicksal vieler „Verschwundener“ ernsthaft nachzugehen und unabhängige Untersuchungen zuzulassen (wie im Fall einer Erhebung im Abu-Salim-Gefängnis in Tripoli im Jahr 1996 – Schätzungen gehen hier von bis zu hundert Toten aus, die Angehörigen der damaligen Häftlinge sind weiterhin über deren Schicksal im Unklaren).

Trotz aller Rhetorik werden weiterhin Gefangene über ihre eigentliche Strafdauer hinaus festgehalten (so z. B. geschehen im Fall von acht Eritreern, die beim Versuch, nach Italien zu kommen, abgefangen worden waren).

Zwar wird ein neues Strafrecht ausgearbeitet – der Entwurf dazu birgt aber viele Fangstricke: Hier wird der Begriff des Terroristen eingeführt, ohne ihn wenigstens hinreichend zu definieren, die Todesstrafe für politische Vergehen kann so weiterhin verhängt werden. Zusätzlich sollen Körperstrafen eingeführt werden, die als Entgegenkommen an den „muslimisierenden Zeitgeist“ zu sehen sind.

Ausländische Flüchtlinge werden ohne viel Feserlesen inhaftiert und entgegen allen internationalen Verpflichtungen abgeschoben. In letzter Zeit scheint man regelrechte Jagden auf Eritreer zu veranstalten, 110 von ihnen wurden am 21. Juli gewaltsam abgeschoben, nachdem sie zuvor wegen Vergehen in Zusammenhang mit Alkoholkonsum verurteilt worden waren (die die Gefangenen bestritten hatten). In ihrer Heimat droht ihnen Folter und langanhaltende Haft. Dabei hatten sie nichts weiter versucht, als sich dem Wehrdienst zu entziehen, der für alle Eritreer von 18 bis 40 Jahren verpflichtend ist. Doch wären diese Flüchtlinge nach Europa gekommen, hätte ihnen mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit das gleiche Schicksal geblüht (siehe dazu den Artikel „Sie haben kein Recht zu fragen“ von Amnesty International in diesem Heft)

Weitere Informationen:

<http://web.amnesty.org/>

Bericht von *amnesty international* „Libya - Time to make human rights a reality“ vom 27.04.04

Veit Raßhofer ist Redakteur der Zeitschrift *Zenith - Zeitschrift für den Orient* und Herausgeber des Nahostinformationssendienstes *MidEast Press Digest*.